

Bremer Straßenbahn Aktiengesellschaft, Bremen

Halbjahresfinanzbericht 2017

1. Januar bis 30. Juni 2017

Zwischenlagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die Bremer Straßenbahn AG (BSAG) ist eine Tochtergesellschaft (99,11 %) der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH (BVG), die wiederum eine 100-prozentige Tochter der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) (FHB) ist.

Die BSAG erbringt Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie damit zusammenhängende Dienstleistungen in Bremen.

Die Gesellschaft hält darüber hinaus Anteile an Unternehmen, die sowohl Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr als auch in anderen Dienstleistungssparten erbringen.

Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf

Nachfrage über Plan

Das zweite Quartal läuft im Bereich der Nachfrage (+1,8 Mio. Beförderte Personen, 3,5 %) sehr positiv. Insbesondere in den Bereichen StadtTicket und SemesterTicket sind Nachfragezuwächse zu verzeichnen, die jedoch nur unwesentlichen Einfluss auf die Beförderungserträge haben. Aufgrund von diversen unklaren Faktoren für das zweite Halbjahr wird die Prognose nicht angepasst.

Angebot unter Plan

Die Planunterschreitung ist überwiegend auf den Entfall der Stadtrundfahrten (-41 Tsd. Nutz-km) und der Linie 99 (-25 Tsd. Nutz-km) zurückzuführen. Auf den Buslinien in der Stadt wird der Plan durch diverse kleinere Anpassungen insgesamt um weitere 25 Tsd. Nutz-km unterschritten. Gegenläufig wirken Umleitungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Umbau der Umsteigeanlage Bahnhof Blumenthal (+55 Tsd. Nutz-km) und der Einsatz von Anruflinientaxen auf den Linien 83 und 87 (+15 Tsd. Nutz-km). Alle Sachverhalte sind ebenfalls in der Prognose berücksichtigt.

Personalstand unter Plan

Im Center Fahrzeuge wird der saisonale Planwert um 8 Vollzeitmitarbeitende (VZP) unterschritten. Ebenfalls unter Plan liegt der Bereich Infrastruktur (-6 VZP). In den verwaltenden Bereichen laufen diverse Effekte gegeneinander, in Summe wird der Plan um 3 VZP unterschritten. Verursacht durch die umfangreichen Baumaßnahmen unter anderem in Blumenthal liegt der Fahrdienst um 7 VZP über Plan.

Ertragslage

Umsatzerlöse

Durch die Verzögerungen bei der Verlängerung der Linie 1 nach Huchting sind geplante Leistungen und deren Weiterberechnung im Wert von rd. 0,4 Mio. € nicht erbracht worden. Der Entfall der Stadtrundfahrten führt zu geringeren Erträgen aus Mietwagenverkehren (0,1 Mio. €), die allgemeinen Fahrgelderträge liegen 0,1 Mio. € unter Plan. Gegenläufig wirken zusätzliche Erträge für Werbung (0,1 Mio. €), dem erhöhten Beförderungsentgelt (0,1 Mio. €) sowie für eine Straßenbaumaßnahme aus 2015 (0,1 Mio. €).

Veränderung des Bestands an unfertigen Leistungen

In den Vorjahren wurden diverse Leistungen für den BgA durchgeführt, die im Laufe des ersten Halbjahres 2017 abgerechnet wurden und damit zu einer Bestandsminderung i. H. v. 0,3 Mio. € führen. Durch Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf Leistungen für die Verlängerung der Linie 1 nach Mahndorf sind rd. 0,4 Mio. € als uneinbringlich anzusehen, sodass diese Position ohne gegenläufige Erträge aufgelöst wird.

Andere aktivierte Eigenleistungen

Der Planansatz wird für selbst erstelltes Anlagevermögen im Bereich der Infrastruktur (0,1 Mio. €) sowie für Umlaufvermögen in der Fahrzeuginstandhaltung (0,2 Mio. €) überschritten.

Sonstige betriebliche Erträge

Die um 0,5 Mio. € höheren Erträge entstehen im ersten Halbjahr durch ein höheres Leistungsvolumen im Bereich der Haftpflichtschäden (0,3 Mio. €), dem Verkauf von ausrangierten Bussen (0,1 Mio. €) und ungeplanten Erträgen aus Mutterschaftsgeld. Saisonale Verschiebungen von Zuschüssen und der Erstattung der Energiesteuer (0,1 Mio. €) wirken gegenläufig.

Materialaufwand

Durch die Verschiebung diverser Projekte, die teilweise erst im Folgejahr umgesetzt werden (z.B. dem Umbau der Kundencenter Hauptbahnhof und Domsheide), liegen die Aufwendungen im Bereich Gebäudemanagement um 1,7 Mio. € unter Plan. Die Leistungen für den BgA fallen im ersten Halbjahr 2017 um 0,7 Mio. € geringer aus. Höhere Aufwendungen ergeben sich aus Preissteigerungen für Bahnstrom (+0,3 Mio. €; +16,5 % Preisanstieg) und Diesel (+0,1 Mio. €; +1,7 % Preisanstieg) sowie der Businstandhaltung (0,2 Mio. €) und der vorgezogenen Ausgabe von neuen Fahrausweisen für MIA- und BOB-Kunden (0,2 Mio. €, lt. Plan im vierten Quartal vorgesehen). Aufwendungen aus der Fahrzeuginstandhaltung im Zuge von Zusammenstoßschäden (0,3 Mio. €) stehen entsprechende sonstige betriebliche Erträge gegenüber.

Personalaufwand

Die um 0,9 Mio. € höheren Personalaufwendungen resultieren aus der Anpassung der Pensionsrückstellungen (0,6 Mio. €) sowie der Aufstockungs- und Erfüllungsrückstellungen für die Altersteilzeitmodelle (0,5 Mio. €). Die Änderungen ergeben sich aus einem finanzmathematischen Gutachten, das erst nach der Planung durchgeführt wurde. Die Beiträge zur Ruhesgeldkasse liegen um 0,1 Mio. € über Plan. Entlastend wirkt sich der geringere Personalstand aus, die Entgelte liegen um 0,3 Mio. € unter Plan.

Abschreibungen

Die Abschreibungen fallen durch die geringere Investitionsabwicklung zum Ende des Geschäftsjahres 2016 unter Plan aus (0,1 Mio. €).

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Zum 30.06.2017 liegen die Leasinggebühren durch die Verzögerung bei der Auslieferung eines Elektrobusses um 0,2 Mio. € unter Plan. Des Weiteren fallen die Aufwendungen für Werbung (0,1 Mio. €) und die Abschreibungen für das erhöhte Beförderungsentgelt (0,1 Mio. €) niedriger aus. Im Bereich der Haftpflichtversicherungen und Seminargebühren führen saisonale Verschiebungen zu einer Planunterschreitung von je 0,1 Mio. €. Gegenläufig liegen Kosten für sonstige Dienstleistungen (0,2 Mio. €) sowie Rechts- und Beratungskosten (0,1 Mio. €) über Plan. Für das dritte Quartal vorgesehene Beiträge für den Verkehrsverbund wurden bereits im zweiten Quartal gezahlt und führen somit zu einer saisonalen Verschiebung i. H. v. 0,2 Mio. €.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Durch die geringere Investitionsabwicklung im vergangenen Jahr liegt der Darlehensbedarf und damit auch die Darlehenszinsen (0,6 Mio. €) niedriger als geplant. Des Weiteren fallen die Aufwendungen für den Zinsanteil zu den Pensionsrückstellungen um 0,4 Mio. € besser aus als geplant.

Ergebnis besser als geplant

Im ersten Halbjahr fallen die Aufwendungen im Bereich Gebäudeinstandhaltung und Zinsen geringer aus als geplant. Einen ebenfalls positiven Effekt auf das Ergebnis haben der Zinsanteil zu den Pensionsrückstellungen sowie der geringere Personalstand. Die höheren Aufwendungen für die Rückstellungen für Pensionen und ATZ, die gestiegenen Energiepreise für Fahrstrom und Diesel sowie die unerwarteten Bestandsminderungen können so überkompensiert werden.

Finanzlage

Investitionsabwicklung über Plan

Die Beschaffung von 20 neuen Bussen, die für das vergangene Geschäftsjahr geplant und in diesem Jahr abgeschlossen wurde, führt zu einer Überschreitung von 6,6 Mio. €. Gegenläufig wirken saisonale Verschiebungen in der Abrechnung beim Projekt UNOSE (1,0 Mio. €), der Aktivierungen zum digitalen Funksystem (2,2 Mio. €) und der Erweiterungs- bzw. Ersatzbeschaffung von DFI Anlagen (0,7 Mio. €) sowie Sonderfahrzeugen (0,4 Mio. €). Ein neuer Zahlungsplan im Projekt neues Vertriebssystem (0,7 Mio. €) führt ebenfalls zu einer Planunterschreitung im ersten Halbjahr. In der Prognose sind die Investitionen für Anzahlungen zur Beschaffung GT8N2 (35,2 Mio. €) sowie neue Busse (6,5 Mio. €) als Abwicklung aus dem Vorjahr berücksichtigt. Teile der Projekte UNOSE (4,2 Mio. €) und der Umbau eines Straßenbahnfahrerschulwagens (0,5 Mio. €) werden in die Folgejahre verschoben. Die Kosten für die Einführung des Digitalfunks fallen günstiger aus (1,2 Mio. €).

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Die vom Aufsichtsrat am 08.12.16 beschlossene Planung für das Geschäftsjahr 2017 sieht einen Verlustausgleich von 55,6 Mio. € vor. Das Ergebnis wird nach aktueller Einschätzung 1,2 Mio. € (2,2 %) höher als im Plan vorgesehen ausfallen. Wesentliche Gründe sind die Pensions- und ATZ-Rückstellungen, die Fahrzeuginstandhaltung sowie die Bestandsminderungen. Gegenläufig wirken zwar geringere Aufwendungen in den Bereichen Abschreibungen und sonstige betriebliche Aufwendungen, diese können die übrigen Effekte jedoch nicht in Gänze kompensieren.

Chancen- und Risikobericht

Die BSAG strebt für den Zeitraum ab 2019 eine neue Direktvergabe der Erbringung des öffentlichen Nahverkehrs in Bremen an. Aus Nachprüfungsanträgen, die bei der Vergabekammer eingereicht werden dürfen, können sich für die BSAG sachverhaltsbezogen noch Risiken ergeben.

Bei einer Entscheidung des Senats der FHB, dass abweichend von der bisherigen Beschlusslage statt einer Generalüberholung von 10 GT8N entsprechend Neufahrzeuge beschafft werden sollen, besteht für das Jahr 2017 ein Risiko von 0,6 Mio. €. Durch das günstige Ergebnis der Ausschreibung der Straßenbahnfahrzeuge wird dieses Risiko aus der Nichtaktivierung der FEM-Analyse in den Folgejahren weit überkompensiert.

Den zum Planungszeitpunkt bekannten Risiken aus der Instandsetzung der GT8N-Fahrzeuge im Rahmen der Serienschäden an Achsschwingen, Gelenken und anderen Bauteilen ist über eine entsprechende Anpassung der Instandhaltungskosten und Personalkosten Rechnung getragen worden. Hier sind weitere Risiken möglich, die zu Mehraufwand führen können.

Bei den Beförderungserträgen zeichnet sich nach Markterhebungen im VBN das Risiko ab, dass aufgrund geringerer Marktanteile für einige Ticketarten insbesondere der Preisstufe I im Rahmen der VBN-Ertragszuweisung die Beförderungserträge deutlich geringer ausfallen werden als bisher angesetzt. Dieses ist im Wesentlichen eine Folgewirkung der Tarifstrukturreform und wird sich auch in den Folgejahren auf das BSAG-Ergebnis auswirken.

Darüber hinaus haben sich zu den im Lagebericht 2016 genannten Chancen und Risiken keine wesentlichen Änderungen ergeben. Es ist davon auszugehen, dass die beschriebenen Risiken auch in der zweiten Jahreshälfte ohne wesentliche Änderungen weiter bestehen.

Bestandsgefährdende Risiken sind nach derzeitigem Kenntnisstand nicht erkennbar.

**Verkürzte Bilanz
zum 30.06.2017**

<u>Aktiva</u>	30.06.2017 T€	30.06.2016 T€	<u>Passiva</u>	30.06.2017 T€	30.06.2016 T€
<u>Anlagevermögen</u>			<u>Eigenkapital</u>		
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.022	1.852	Gezeichnetes Kapital	10.226	10.226
Sachanlagen	166.633	163.253	Kapitalrücklage	47.791	47.791
Finanzanlagen	2.029	2.053	Gewinnrücklage	1.144	1.144
	170.684	167.158		59.161	59.161
<u>Umlaufvermögen</u>					
Vorräte	8.898	9.687	Rückstellungen	46.873	47.088
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22.849	25.645	Verbindlichkeiten	99.358	99.069
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	4.511	4.204	Rechnungsabgrenzungs- posten	1.778	1.546
	36.258	39.536			
Rechnungsabgrenzungs- posten	228	170			
	207.170	206.864		207.170	206.864

**Verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 2017**

	01.01.- 30.06.2017 T€	01.01.- 30.06.2016 T€
Umsatzerlöse	56.099	54.876
Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen und selbst erstellten Vorräten	-750	-207
Andere aktivierte Eigenleistungen	730	692
Sonstige betriebliche Erträge	1.539	2.420
	57.618	57.781
Materialaufwand	-15.934	-17.414
Personalaufwand	-47.937	-44.853
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-9.485	-9.644
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.568	-5.634
Erträge aus Beteiligungen	60	60
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.232	-1.976
Ergebnis nach Steuern	-24.476	-21.677
Sonstige Steuern	-126	-127
Erträge aus Verlustübernahme	24.602	21.804
Halbjahresüberschuss	0	0

Verkürzter Anhang für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 2016

Allgemeine Angaben

Der Zwischenabschluss zum 30.06.2017 wurde in Übereinstimmung mit § 37w WpHG sowie nach den für börsennotierte Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und unter Beachtung ergänzender Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die im verkürzten Abschluss zur Zwischenberichterstattung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen denen des letzten Jahresabschlusses zum 31.12.2016.

Angaben zu Posten der Bilanz

Das gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 200.000 Stückaktien, die sämtlich auf den Inhaber lauten. Davon besaß die Bremer Verkehrsgesellschaft mbH am 30.06.17 198.212 Stück bzw. 99,11 %.

Die sonstigen Rückstellungen enthielten u. a. Beträge für Altersteilzeitverpflichtungen, Haftpflichtrisiken, Entgelt für überlassene Anlagen, Dokumentationsverpflichtungen, Berufsgenossenschaftsbeiträge, ausstehende Rechnungen sowie weitere Verpflichtungen aus dem Personalbereich.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die weder in der Bilanz erscheinen noch als Haftungsverpflichtung genannt wurden, belaufen sich für Miet- und Erbbaurechtsverträge bis zum Ende der jeweiligen Vertragslaufzeit auf 13,6 Mio. €. Des Weiteren bestehen Verpflichtungen für eine noch nicht eingezahlte Kommanditeinlage (47 T€) sowie für laufende Bestellungen, im Wesentlichen für Straßenbahnbeschaffungen (167,0 Mio. EUR) und ein neues Verkaufssystem (5,4 Mio. EUR).

Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

1. Die sämtlich im Inland erzielten Umsatzerlöse gliedern sich wie folgt auf:

	30.06.2017	30.06.2016
	T€	T€
Fahrgelderträge	46.957	45.853
Ausgleichszahlungen gem. § 148 SGB IX	1.748	1.763
Ausgleichszahlungen gem. § 148 SGB IX aus Vorjahren	4	-63
Ausgleichszahlungen gem. § 45 a PBefG	2.403	2.400
Ausgleichszahlungen für StadtTicket	1.507	1.322
Zuschüsse für Linien	279	269
Einnahmen aus dem Berufsverkehr	34	33
Einnahmen aus dem freigestellten Schülerverkehr und Mietwagenverkehr	32	107
	<hr/>	<hr/>
	52.964	51.684
Betriebsnahe Umsatzerlöse	2.042	1.860
Umsätze mit der Stadt	667	764
Umsätze mit verbundenen Unternehmen und beteiligten Unternehmen	131	68
Andere Umsatzerlöse	295	500
	<hr/>	<hr/>
	56.099	54.876

2. Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten:

	30.06.2017	30.06.2016
	T€	T€
Erträge aus Haftpflichtschäden	545	1.671
Diverse andere Posten	776	550
periodenfremd:		
Gewinne aus Anlagenabgängen	166	53
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	10	5
Weitere periodenfremde Erträge	42	141
	<u>1.539</u>	<u>2.420</u>

Die Erträge aus Verlustübernahme betreffen den gemäß Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag von der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH zu übernehmenden Verlust.

Sonstige Angaben

In der Zusammensetzung des Vorstandes hat sich gegenüber dem Jahresabschluss zum 31.12.2016 keine Veränderung ergeben.

In der Zusammensetzung des Aufsichtsrates hat sich gegenüber dem Jahresabschluss zum 31.12.2016 keine Veränderung ergeben.

Von der durchschnittlichen Zahl der Arbeitnehmenden (2.060) waren 1.589 Lohnempfangende und 471 Gehaltsempfangende einschließlich der leitenden Angestellten.

Eine Prüfung bzw. prüferische Durchsicht des verkürzten Abschlusses und des Zwischenlageberichts erfolgte nicht.

Nachtragsbericht

Auf der Hauptversammlung am 30.08.2017 wurde die Übertragung der Aktien der übrigen Aktionäre der Bremer Straßenbahn Aktiengesellschaft (Minderheitsaktionäre) auf die Bremer Verkehrsgesellschaft mbH (Hauptaktionärin) gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung gemäß §§ 327 a ff AktG (Ausschluss von Minderheitsaktionären) beschlossen. Die Eintragung in das Handelsregister wird voraussichtlich im Oktober 2017 erfolgen. Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem 30.06.2017 nicht eingetreten.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Zwischenberichterstattung der Zwischenabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Zwischenlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.

Bremen, den 29.09.2017

Der Vorstand

Michael Hünig

Hans Joachim Müller